



DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16243
Dienstag, 08. März 2022

COPA-COGECA: Autonomie der europäischen Landwirtschaft weiter stärken	1
FAO-Lebensmittelpreisindex erreichte im Februar bisher höchsten Stand	2
Timmermans hält an Reduktionszielen für Dünger und Pflanzenschutz fest	3
Strasser: Ukraine-Krieg gefährdet Welt-Getreideversorgung	4
Johannes Rauch als neuer Gesundheits- und Sozialminister angelobt	5
Strasser: Wald ist Schlüssel zur regionalen Energieversorgung	5
Mayr: Sichere Rohstoffversorgung braucht heimische Produktion	6
OÖ Bauernbund fordert E10-Sprit für Klimaschutz und Energiesicherheit	8
EU-Schlachtrindermarkt: Notierungen ziehen weiter an	9
Heimischer Kartoffelmarkt weiterhin im Gleichgewicht	9
60 Jahre Tiroler Bäuerinnen: Jubiläumsprogramm hat Klimawandel im Fokus	10
Ukraine-Krieg: Molkereiriese Arla zieht sich aus Russland zurück	11

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

COPA-COGECA: Autonomie der europäischen Landwirtschaft weiter stärken

Lambert: Russland setzt Ernährungssicherheit als Waffe ein

Brüssel, 8. März 2022 (aiz.info). - Eine europäische Antwort, die der humanitären und wirtschaftlichen Katastrophe durch den Ukraine-Krieg gerecht wird, fordert COPA-COGECA, der Dachverband der EU-Landwirte und -Genossenschaften. Die EU-Kommission müsse umfassende, solide und sofort umsetzbare Maßnahmen ergreifen. "Während manche Sektoren, die bereits stark unter den Preissteigerungen infolge der Corona- und Energiekrise leiden, eine unverzügliche Unterstützung benötigen, brauchen wiederum andere Landwirte klare politische Leitlinien für die beginnende Aussaat", so der Verband.

"Die russische Regierung setzt die Ernährungssicherheit als Waffe ein. Dagegen müssen wir uns mit einem Schutzschild wehren. Wir sind der festen Überzeugung, dass es wie bei der Energie auch in der Landwirtschaft möglich ist, unsere strategische Autonomie zu stärken und dabei weitere Fortschritte in der Nachhaltigkeit zu erzielen. Es ist kontraproduktiv, diese beiden Dimensionen gegeneinander auszuspielen. Wir müssen unsere Landwirtschaft heute aufrüsten, um zwei große Krisen gleichzeitig zu bewältigen: den Krieg in der Ukraine und den Klimawandel", stellt COPA-Präsidentin **Christiane Lambert** klar.

Vor diesem Hintergrund sei ein Paradigmenwechsel in der Brüsseler Betrachtungsweise der Landwirtschaft erforderlich, angefangen bei den Zielen der Strategie "Vom Hof auf den Tisch". COPA und COGECA fordern daher, alle verfügbaren Flächen im Jahr 2022 bewirtschaften zu dürfen, um den Ausfall der russischen und ukrainischen Produktion auszugleichen. "Es muss alles daran gesetzt werden, Störungen in der Lieferkette zu verhindern, die unweigerlich zu Verknappungen in manchen Teilen der Welt führen werden. Dies ist eine Frage der Nahrungsmittelsouveränität und der demokratischen Stabilität", so Lambert.

Landwirte nehmen Flüchtlinge auf

Die Solidarität mit dem ukrainischen Volk ist in allen EU-Mitgliedstaaten groß. Europäische Landwirte haben mit der Aufnahme von Flüchtlingen auf ihren Höfen sowie der Sammlung von Geldspenden begonnen und bereits die ersten Konvois mit Lebensmitteln und Hilfsgütern losgeschickt. Auf der Website von COPA-COGECA unter copa-cogeca.eu informiert die Interessenvertretung, wie sich Landwirte, Genossenschaften und Bürger daran beteiligen können. Außerdem wird in den kommenden Tagen die ukrainische Landwirtschaftsorganisation UNAF (Ukrainisches Nationales Agrarforum) COPA-COGECA als Partnerorganisation beitreten. (Schluss)

FAO-Lebensmittelpreisindex erreichte im Februar bisher höchsten Stand

Größte Zuwächse bei Pflanzenölen und Milch

Rom, 8. März 2022 (aiz.info). - Der FAO-Lebensmittelpreisindex hat im Februar 2022 ein neues Allzeit-Hoch erfahren. Mit durchschnittlich 140,7 Punkten lag der Wert 5,3 Punkte oder 3,9% über dem Niveau vom Jänner und sogar 24,1 Punkte (20,7%) höher als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Der bisherige Höchststand vom Februar 2011 wurde damit um 3,1 Punkte überschritten, teilte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) mit. Den Ausschlag für die Entwicklung gaben deutliche Preiszuwächse bei Pflanzenölen sowie Milch- und Molkereiprodukten. Steigerungen wurden auch bei den Preisen für Getreide und Fleisch registriert, während der Teilindex Zucker den dritten Monat in Folge nach unten zeigte. Der FAO-Lebensmittelpreisindex bildet monatliche Preisänderungen eines Korbs international gehandelter Nahrungsmittelrohstoffe ab.

Der FAO-Getreidepreisindex legte im Februar um 4,2 Punkte oder 3% auf durchschnittlich 144,8 Punkte gegenüber Jänner zu und lag damit 18,7 Punkte oder 14,8% über dem Wert des Vorjahres. Im Februar sind die Notierungen für alle wichtigen Getreidearten gestiegen. Konkret sind die weltweiten Weizenpreise um 2,1% nach oben geklettert, was die FAO größtenteils auf aktuelle globale Versorgungsunsicherheiten inmitten von Störungen in der Schwarzmeer-Region zurückführte. Während sich die Exportpreise für Grobgetreide um 4,7% erhöhten, legten jene für Mais um 5,1% im Monatsvergleich zu. Letztere wurden durch eine Kombination aus anhaltenden Bedenken hinsichtlich der Wetterbedingungen in Argentinien und Brasilien, steigenden Weizenpreisen und der Unsicherheit bezüglich der Maisausfuhren aus der Ukraine, einem wichtigen Exporteur, gestützt.

Der FAO-Preisindex für Pflanzenöle markierte im Februar mit durchschnittlich 201,7 Punkten ein neues Rekord-Hoch und legte um 15,8 Punkte oder 8,5% im Vergleich zum Jänner zu. Die anhaltende Preisstärke begründete die FAO in erster Linie mit einem Plus für Palm-, Soja- und Sonnenblumenöl. Bei den internationalen Palmölpreisen handelte es sich um den zweiten monatlichen Zuwachs in Folge, bedingt durch eine anhaltende globale Importnachfrage, die mit einer geringeren Exportverfügbarkeit aus Indonesien, dem weltweit führenden Palmölexporteur, zusammenfiel. Auch die weltweiten Sojaölpreise notierten aufgrund getrübter Aussichten für die Sojabohnenproduktion in Südamerika erneut höher. Für Sonnenblumenöl gab es ebenso ein deutliches Preisplus, das durch Bedenken hinsichtlich der Störungen in der Schwarzmeer-Region, die möglicherweise die Exporte beeinträchtigen könnten, gestützt wurde. Nicht zuletzt wirkten auch die hohen Rohölpreise preissteigernd auf den Pflanzenölkomples.

FAO-Milchpreisindex: Steigerung um 6,4%

Der FAO-Milchpreisindex zeigte im Februar den sechsten Monat in Folge nach oben. Die FAO berichtete von einer Steigerung um 8,5 Punkte oder 6,4% auf durchschnittlich 141,1 Punkte gegenüber Jänner sowie um 28 Punkte oder 24,8% im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahres. Die anhaltende Verknappung auf den globalen Märkten aufgrund geringerer Milchlieferungen in Westeuropa und Ozeanien zogen die internationalen Notierungen für alle im Index vertretenen Milchprodukte nach oben. Neben dem knappen globalen Angebot führte die anhaltende Importnachfrage, insbesondere aus Nordasien und dem Nahen Osten, zu einem starken Anstieg der Notierungen für Vollmilchpulver und Käse. Die internationalen Preise für

Magermilchpulver kletterten ebenfalls deutlich nach oben, was auf verringerte Milchlieferungen für Trocknungsanlagen in Westeuropa zurückzuführen war, während die Butterpreise von einer hohen Nachfrage nach Spotlieferungen profitierten, so die FAO.

Der FAO-Fleischpreisindex erreichte im Februar im Durchschnitt 112,8 Punkte, was einem Plus von 1,2 Punkten oder 1,1% im Monatsvergleich sowie von 15 Punkten oder 15,3% gegenüber dem Vorjahresstand entsprach. Im Februar erreichten die internationalen Notierungen für Rindfleisch aufgrund einer starken globalen Importnachfrage ein neues Rekord-Hoch. Eine knappe Versorgung mit schlachtfertigem Vieh in Brasilien sowie eine hohe Nachfrage in Australien wegen dem dortigen Herdenaufbau trugen laut FAO dazu bei. Auch die Preise für Schweinefleisch notierten im Februar etwas höher, was auf eine rege Binnennachfrage und ein geringeres Angebot an Schweinefleisch in der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten zurückzuführen war.

Der FAO-Zuckerpreisindex fiel im Februar auf den niedrigsten Stand seit Juli 2021. Mit einem Minus von 2,1 Punkten oder 1,9% auf durchschnittlich 110,6 Punkte gegenüber Jänner handelte es sich um den dritten monatlichen Rückgang in Folge. Günstige Produktionsaussichten in wichtigen Exportländern, insbesondere Indien und Thailand, sowie verbesserte Anbaubedingungen in Brasilien belasteten die Zuckerpreise weltweit. Auch die sinkenden Ethanolpreise in Brasilien gaben dem Abwärtsdruck einen Schub. Die Aufwertung des brasilianischen Real gegenüber dem US-Dollar, die Lieferungen aus Brasilien weniger attraktiv macht, verhinderte jedoch größere Rückgänge der weltweiten Preise für Zucker, so die FAO. (Schluss) hub

Timmermans hält an Reduktionszielen für Dünger und Pflanzenschutz fest

Bernhuber: Müssen Lebensmittelproduktion in Europa maximieren

Straßburg, 8. März 2022 (aiz.info). - Im Rahmen einer Sondersitzung des Umweltausschusses im EU-Parlament informierte **Frans Timmermans**, Vizepräsident der Europäischen Kommission, die EU-Abgeordneten über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die Umweltpolitik und die weitere Umsetzung des Green Deals. Die unveränderte Position des EU-Kommissars zur Lebensmittelproduktion im Rahmen der Farm to Fork-Strategie war für zahlreiche EU-Abgeordnete überraschend. Laut Timmermans sei es illusorisch, die Lebensmittelproduktion nicht langfristig nachhaltiger machen zu wollen. Der Vizepräsident hält daher an der pauschalen Reduktion von Pflanzenschutz- und Düngemitteln fest und widerspricht damit seinem polnischen Kollegen, Agrarkommissar Janusz Wojciechowski, der vergangene Woche eine umgehende Überprüfung der Ziele des Green Deals gefordert hatte.

Scharfe Kritik übte EU-Abgeordneter **Alexander Bernhuber**, Umweltsprecher der ÖVP im Europaparlament: "Die Zeiten haben sich geändert. Mit dem Ukraine-Krieg stehen wir nicht nur sicherheitspolitisch vor enormen Herausforderungen, sondern auch im Bereich der Lebensmittelversorgung. Wir müssen die Erzeugung von Nahrungsmitteln in Europa maximieren und einen Teil zur globalen Ernährungssicherheit beitragen. Es droht ein Komplettausfall der ukrainischen Ernte für das Jahr 2022, da weder Saatgut noch Dünger, Treibstoff und Feldarbeiter zur Verfügung stehen."

Die Ukraine ist mit über 30 Mio. ha Ackerfläche Europas Kornkammer und eines der wichtigsten Getreide-Exportländer der Welt. Besonders nordafrikanische Staaten wie Ägypten oder Marokko sind auf die Importe von Weizen und Mais aus der Ukraine und Russland angewiesen. Die derzeit explodierenden Preise für Getreide am Weltmarkt und der Ausfall von wichtigen Lieferanten könnten laut Aussagen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu einer globalen Hungerkrise führen, wenn nicht rasch Maßnahmen getroffen werden. (Schluss)

Strasser: Ukraine-Krieg gefährdet Welt-Getreideversorgung

Bauernbund fordert krisenbedingte Kurskorrektur in der europäischen Agrarpolitik

Wien, 8. März 2022 (aiz.info). - Der Krieg in der Ukraine hat massive Auswirkungen auf die weltweite Lebensmittelversorgung. Mit einem Anteil von 30% sind Russland und die Ukraine zusammen die größten Weizenexporteure, auch 20% des Maisexportes entfallen auf diese beiden Länder. Wegen des möglichen Ausfalls der "Kornkammer" Europas mit ihren fruchtbaren Schwarzerdeböden auf unabsehbare Zeit gehen die Preise auf den Rohstoffbörsen bereits durch die Decke. Den Menschen in der Ukraine, auch im Nahen Osten/Nordafrika droht eine Hungerkrise. Ein großer Teil des ukrainischen Brotgetreides fließt in nordafrikanische Länder.

Absicherung der Lebensmittelproduktion in Europa unbedingt notwendig

Der Präsident des Österreichischen Bauernbundes, **Georg Strasser**, fordert daher die Absicherung der Lebensmittelproduktion in Europa, auch um die weltweite Versorgungssicherheit weiterhin gewährleisten zu können: "Wir brauchen jeden Quadratmeter Boden. Bäuerinnen und Bauern sind jetzt verantwortlich, Europa mit Getreide zu versorgen und darüber hinaus auch einen wichtigen Beitrag für die bisherigen Getreide-Abnehmerländer der Ukraine, allen voran in Nordafrika, zu leisten", so Strasser.

"Jetzt wertvolle Ackerflächen stillzulegen, wie es der Green Deal vorsieht, gefährdet dagegen die Versorgungssicherheit und würde eine humanitäre Krise verschärfen", warnt Strasser. "Wir brauchen eine krisenbedingte Kurskorrektur in der europäischen Agrarpolitik. Europa kann sich jetzt keine Ertragsreduktion leisten. Die Entscheidung über den Anbau von Getreide, Mais, Sojabohnen oder Sonnenblumen und somit auch über die nächste Ernte fällt jetzt im März", gibt der Bauernbund-Präsident zu bedenken.

Düngemittelversorgung muss in europäischer Hand bleiben

Neben der Unsicherheit auf den Agrarmärkten droht aufgrund der hohen Gaspreise zudem eine Verknappung bei Düngemitteln, so Strasser mit Verweis auf internationale Marktbeobachter und deren warnende Prognosen: "Besonders im Ackerbau sind wir auf Düngemittel angewiesen. Ohne solche rechnen wir je nach Kultur mit Ernteeinbußen von bis zu 40% und einer verminderten Qualität." Als sei das nicht schon schlimm genug, will die OMV-Tochter Borealis indes auch ihre Stickstoff-Düngemittelsparte an einen russischen Konzern verkaufen. "Die offenbar weit fortgeschrittenen Verkaufsverhandlungen müssen sofort gestoppt werden, Österreichs bekannteste Stickstoffherstellung in Linz muss im eigenen Land, die Düngemittelversorgung generell in europäischer Hand bleiben", fordert Strasser.

"Vielen Menschen wird gerade jetzt richtig bewusst, welch enorm hohen Stellenwert die Landwirtschaft hat. Eine sichere Versorgung mit regionalen Lebensmitteln ist nämlich nicht selbstverständlich. Unsere Bäuerinnen und Bauern haben schon während der Corona-Krise bewiesen, dass man sich auf sie verlassen kann. Aber auch sie und wir alle brauchen vor allem Stabilität in Krisenzeiten", betont Strasser. (Schluss) - APA OTS 2022-03-08/10:40

Johannes Rauch als neuer Gesundheits- und Sozialminister angelobt

Pandemiebekämpfung gehört zu wichtigsten Prioritäten

Wien, 8. März 2022 (aiz.info). - Der langjährige Vorarlberger Landesrat **Johannes Rauch** (62) ist heute, Dienstag, von Bundespräsident **Alexander Van der Bellen** in der Hofburg als neuer Gesundheits- und Sozialminister angelobt worden. Er folgt auf Wolfgang Mückstein, der vergangene Woche zurückgetreten war. Zu Mittag erfolgte die Amtsübergabe, am Nachmittag stellte sich der neue Minister dem Nationalrat vor.

Der Bundespräsident wies bei der Angelobung darauf hin, dass die Corona-Pandemie noch immer unser Leben begleite und verwies dabei auf die sehr hohe Zahl an Patienten auf Normalstationen. Der neue Gesundheitsminister werde daher einen langen Atem brauchen, "denn die Aufgaben sind herausfordernd", so Van der Bellen. Man wisse, dass die Gesundheitskrise nur gemeinsam bewältigt werden könne. Er sei aber zuversichtlich, dass man die Aufgabe zusammen schaffen werde.

Rauch hatte bei seiner Antrittsrede eine fundierte Pandemie-Vorbereitung für den kommenden Herbst und Winter, die Pflegereform, aber auch die Armutsbekämpfung sowie den Kampf gegen Gewalt an Frauen als wichtige Prioritäten genannt. Die landwirtschaftliche Interessenvertretung erwartet vom neuen Gesundheitsminister vor allem, dass er die im Regierungsprogramm vereinbarte verpflichtende Herkunftskennzeichnung bei Verarbeitungsprodukten und in der Gemeinschaftsverpflegung endlich umsetzt. (Schluss)

Strasser: Wald ist Schlüssel zur regionalen Energieversorgung

Nachhaltige Waldnutzung kann Energieimporte aus Russland verringern

Wien, 8. März 2022 (aiz.info). - "Der Ukraine-Krieg zeigt die drastische Abhängigkeit Europas von russischer Energie. Jetzt ist der Zeitpunkt, zu dem wir uns viel stärker auf den regional verfügbaren, nachwachsenden Rohstoff Holz besinnen müssen. Mit dem, was vor unserer Haustüre wächst, müssen wir unabhängiger von Energieimporten werden", fordert Bauernbund-Präsident **Georg Strasser**. "In Österreichs Wäldern wächst jedes Jahr mehr Holz nach als genutzt wird. Nachhaltige Waldnutzung heißt auch Durchforstung. Das dabei anfallende Holz kann durch moderne Anlagen effizient als Energiequelle genutzt werden", so Strasser.

Der Bauernbund-Präsident befürwortet die Errichtung neuer Anlagen zur Pelletsproduktion aus Holz. "Neben der Aufstockung der Energieholzlager müssen wir auch die dazu notwendige Logistik ausbauen. Mit Holzpellets können Lager eingerichtet werden, um die Versorgungssicherheit in Krisensituationen zu erhöhen. Dafür braucht es ein Pelletsbevorratungsgesetz", erläutert Strasser.

"Zusätzliches Potenzial liegt im Austausch veralteter Heizungsanlagen durch moderne Holzheizungen für die Raumwärmeerzeugung. Die 'Sauber-Heizen'-Offensive, die wir im Zuge der Steuerreform ins Leben gerufen haben, schafft hier attraktive Anreize. Auch für die städtische Fernwärmeerzeugung bieten erneuerbare Energieträger wie Biomasse noch ein beträchtliches Ausbaupotenzial. Hier gilt es, alle verfügbaren Technologien optimal zu kombinieren, denn neben der verstärkten Nutzung von Abwärme müssen auch nachwachsende Rohstoffe wie Holz eingesetzt werden", so Strasser. Außerdem betont er: "Die Erzeugung von Holzgas und Holzdiezel bietet große Chancen für die Zukunft - der CO₂-Fußabdruck ist um 90% geringer als jener von fossilem Erdgas oder fossilem Diezel."

"Eines ist klar: Diskussionen um die Außer-Nutzung-Stellung von Wäldern müssen nun endgültig der Vergangenheit angehören. Es braucht ein klares Bekenntnis aller Akteure auf nationaler und EU-Ebene zur Beibehaltung einer aktiven nachhaltigen Waldbewirtschaftung", unterstreicht Strasser. (Schluss) - APA OTS 2022-03-08/12:26

Mayr: Sichere Rohstoffversorgung braucht heimische Produktion

EU muss Agrarpolitik an neue Herausforderungen anpassen

St. Pölten, 8. März 2022 (aiz.info). - "Der Ukraine-Krieg macht deutlich, dass eine sichere Versorgung der Konsumenten mit Lebensmitteln sowie der vorgelagerten Wirtschaft mit agrarischen Rohstoffen ein hohes Gut ist. Die Landwirtschaft in Österreich ist krisensicher, die Versorgung ist derzeit gesichert. Am Weltmarkt werden aber Lücken sichtbar, die es zu schließen gilt", betont **Lorenz Mayr**, Vizepräsident der Landwirtschaftskammer (LK) NÖ.

"In Österreich ist die Versorgung durch die heimische Landwirtschaft gesichert, unsere bäuerlichen Betriebe mit ihren vielfältigen Produktionsarten und regionalen Kreisläufen sind Garanten für Krisenstabilität und Nachhaltigkeit", so Mayr. "Durch Verwerfungen auf den globalen Agrarmärkten als Folge des Ukraine-Krieges treten Lücken auf, die in unser aller Interesse geschlossen werden müssen. So sind Russland und die Ukraine wichtige Exportländer für Weizen - zwar nicht direkt nach Österreich und in die EU, massive Auswirkungen auf den europäischen Markt treten aber jedenfalls ein. Direkt betroffen werden Österreich und die EU auf dem Raps- und Sonnenblumenmarkt sein. Mehr als die Hälfte der weltweiten Sonnenblumenöl-Exporte stammt aus der Ukraine. Der Anteil der Raps-Importe aus der Ukraine in die EU liegt ebenfalls bei 50%", gibt der Vizepräsident zu bedenken.

Anpassungen im Green Deal dringend erforderlich

Umso wichtiger sei es, die heimische und EU-weite Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu stärken. Dies könne nur durch die Forcierung einer nachhaltigen und effizienten Land- und Forstwirtschaft in Österreich und in der EU erfolgen. "Hier ist insbesondere die EU gefordert, einige Rahmenbedingungen auf den Prüfstand zu stellen. Mit dem Green Deal wurden ambitionierte und teilweise auch vernünftige Ziele, wie etwa die Biodiversitätsförderung und die Reduzierung von Nährstoffverlusten, geschaffen. Der Green Deal beinhaltet aber auch Ziele, die eine Schwächung der europäischen Produktion sowie mehr Importabhängigkeit und Verteuerungen bei Lebensmitteln zur Folge haben werden. Das belegen mittlerweile zahlreiche renommierte Studien, wie etwa vom Joint

Research Center. Im Lichte dieses Konfliktes sind daher einige Ziele des Green Deals dringend neu zu bewerten", betont Mayr.

Die vorgesehene Reduktion von Pflanzenschutzmitteln um 50% bis 2030 sei undifferenziert und eine wesentliche Bedrohung für die Produktionssicherheit. "Hohe Sorgsamkeit beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist natürlich ein Gebot der Stunde und wird - auch dank der Digitalisierung - weiter fortgesetzt. Ebenso garantieren die hohen Zulassungsstandards in der EU die Sicherheit der eingesetzten Wirkstoffe. Weiters zeigt die Pflanzenschutzmittel-Statistik, dass chemisch-synthetische Präparate einen Rückgang verzeichnen. Eine alternativlose Verringerung verfügbarer Pflanzenschutzmittel hätte im Weiteren gerade auch aufgrund des Klimawandels und des dadurch vermehrten Auftretens neuer Schädlinge enorm negative Auswirkungen auf die heimische Versorgungssicherung", warnt der Vizepräsident.

"Die Flächenverluste bei Raps in Europa und auch in Österreich sind ein signifikantes Beispiel dafür. Um die Ölsaatenproduktion im Inland beziehungsweise in der EU und damit die Eigenversorgung zu erhöhen, ist es notwendig, die für die Produktion erforderlichen Betriebsmittel zuzulassen. Reden wir vom Raps, geht es um die entsprechenden Beizmittel", so Mayr. Es sei notwendig, Pflanzenschutz in seiner Gesamtheit auf wissenschaftlicher Basis weiterzuentwickeln.

Ebenso sei der Vorschlag der pauschalen Reduktion von Düngemitteln um mindestens 20% bis 2030 neu zu bewerten. Eine solche hätte negative Auswirkungen auf die Flächenproduktivität und steigere den Importbedarf sowie die Abhängigkeit von anderen, fernen Ländern und gehe zudem zulasten des Klimaschutzes. "Für uns Bäuerinnen und Bauern ist es selbstverständlich, Düngemittel so effizient wie möglich einzusetzen. Das geschieht vor allem aus unserem bäuerlichen Selbstverständnis heraus. Zudem gibt es in Österreich strenge Vorgaben für den Düngemiteleinsatz. Weitere Verbesserungen gelingen uns auch durch die zunehmende Digitalisierung", erläutert Mayr. So nehme der Nährstoffeintrag über Mineraldünger seit vielen Jahren kontinuierlich ab. Der Einsatz von Stickstoffdünger etwa sei seit 2015 um rund 20% reduziert worden.

Bewässerungswirtschaft forcieren

"Ein weiterer Schwerpunkt muss auf einer entsprechenden Bewässerungswirtschaft liegen. Für uns Landwirte ist eine wassersparende Bewirtschaftung unserer Felder oberstes Gebot. Zusätzlich ist aber der vorausschauende Ausbau der Bewässerungsinfrastruktur enorm wichtig, um Wasser für die landwirtschaftlichen Kulturen verfügbar zu machen", so Mayr. Denn nur wenn genügend Wasser zur Verfügung stehe, könne eine wettbewerbsfähige, multifunktionale und flächendeckende Land- und Forstwirtschaft in Österreich sichergestellt werden. (Schluss) - APA OTS 2022-03-08/13:04

OÖ Bauernbund fordert E10-Sprit für Klimaschutz und Energiesicherheit

Resolutionen werden bei LK-Vollversammlung eingebracht

Linz, 8. März 2022 (aiz.info). - "In Krisenzeiten, wie wir sie gerade in diesen Tagen erleben, sollte einmal mehr nicht nur die nationale Selbstversorgung mit Lebensmitteln, sondern auch eine möglichst große Unabhängigkeit im Bereich der Energie Hauptaugenmerk der Politik sein", betont der OÖ Bauernbund. Er hat dazu mehrere Resolutionen verfasst, die er bei der morgigen Vollversammlung der Landwirtschaftskammer (LK) OÖ einbringen will.

"Derzeit werden 60% der österreichischen Bioethanol-Erzeugung exportiert. Zudem werden die daraus erzielbaren CO₂-Einsparungen anderen Ländern gutgeschrieben. Während in Österreich an den Tankstellen nach wie vor E5-Superbenzin angeboten wird, sind E10-Treibstoffe mittlerweile in zwölf EU-Mitgliedsländern bereits Standard. Mit der im Regierungsprogramm vorgesehenen Umstellung auf E10 könnten schon kurzfristig die CO₂-Emissionen um 150.000 t reduziert werden. Außerdem könnte die Importabhängigkeit von fossilem Treibstoff etwas verringert werden", erläutert OÖ Bauernbund-Direktor **Wolfgang Wallner**.

"Aktuell wird auf Regierungsebene eine neue Kraftstoffverordnung verhandelt, in der die angestrebte 10%ige Beimischung von Biotreibstoffen verankert werden müsste. In den Erstentwürfen ist E10 jedoch gar nicht vorgesehen. Das Umwelt- und Klimaschutzministerium verzögert aus nicht nachvollziehbaren Gründen die Umsetzung dieser klima- und energiepolitisch wichtigen Maßnahme", zeigt sich Wallner verwundert. Die angebliche Entstehung von Motorschäden aufgrund der Nutzung des E10-Superbensins sei nicht gegeben. Das zeigten die Erfahrungen aus anderen EU-Ländern, die bereits jahrelang 10% Bioethanol beimischen.

Faire Bezahlung sichert Versorgung

"Bereits durch die Corona-Pandemie sowie aktuell durch den Krieg in der Ukraine und dessen Folgen für die Landwirtschaft befindet sich ein Großteil unserer bäuerlichen Familienbetriebe in einer angespannten wirtschaftlichen Situation. Insbesondere tierhaltende Betriebe waren zuletzt mit massiven Kostensteigerungen in den Bereichen Futtermittel, Düngemittel, Strom, Diesel, Maschinen und Geräte sowie im Stallbau konfrontiert, die sich noch nicht in entsprechend höheren Erzeugerpreisen niedergeschlagen haben. Wenn wir auch künftig die Lebensmittelversorgung in Österreich sicherstellen wollen, sind einmal mehr die Lebensmittelverarbeiter und der Handel gefordert, rasch Anpassungen bei den Erzeugerpreisen für Fleisch, Milch und Eier vorzunehmen", appelliert Wallner. Die Einkommenssicherung bäuerlicher Betriebe sei eine unverzichtbare Investition in die mittel- und längerfristige Ernährungssicherung unserer Gesellschaft.

Verkauf der Borealis-Düngemittelsparte stoppen

Weitere Resolutionen beschäftigen sich mit der Einführung von Klimazöllen (CO₂-Grenzausgleichssystem) auch auf Agrarprodukte und Lebensmittel, der raschen Bekanntgabe und Umsetzung der Förderrichtlinien zur Schaffung energieautarker Bauernhöfe im Zuge der Ökosozialen Steuerreform sowie mit dem Überdenken der Green-Deal-Ziele und der damit einhergehenden Auslagerung der europäischen Lebensmittelproduktion samt drohender Folgen. "Der aktuelle kriegerische Konflikt in der Ukraine hat dazu geführt, dass Russland ein Exportverbot für den

Stickstoffdünger Ammoniumnitrat verhängt hat. Außerdem können die ukrainischen Stickstoffdüngemittel-Fabriken nicht mehr produzieren. Der Verkauf der Borealis-Düngemittelsparte an einen russischen Eigentümer sollte in Anbetracht der aktuellen Situation nicht durchgeführt werden. Das Finanzministerium sowie das Management der OMV sollten einen sofortigen Abbruch der Verkaufsverhandlungen andeuten", betont LK-Vizepräsident und Bauernbund-Fraktionsobmann **Karl Grabmayr**. (Schluss)

EU-Schlachtrindermarkt: Notierungen ziehen weiter an

Österreich: Preise tendieren überwiegend nach oben

Wien, 8. März 2022 (aiz.info). - Ein Ende der steigenden Preise im Handel mit Schlachtrindern ist derzeit noch nicht in Sicht. Europaweit ziehen die Notierungen mehr oder weniger stark an. Die Schlachtunternehmen klagen über Schwierigkeiten, die Preisanstiege im Fleischhandel/Verkauf umzusetzen, sie akzeptieren die Erhöhungen nur zähneknirschend. Vor allem der deutsche Markt ist nach wie vor geprägt von sehr überschaubaren Mengen bei einem sehr starken Wettkampf im Vieh-Einkauf. Generell klagen derzeit sehr viele Schlacht- und Zerlegebetriebe entlang der Wertschöpfungskette, dass die steigenden Einkaufspreise im Verkauf nicht umgesetzt werden können.

In Österreich befindet sich laut Rinderbörse das Aufkommen an Jungstieren auf einem relativ stabilen Niveau, bei gleicher Nachfragesituation wie letzte Woche. Im Lebensmitteleinzelhandel ist die Nachfrage leicht rückläufig, im Großhandel dagegen sehr freundlich. Die Preise für Jungstiere tendieren nach oben. Aufgrund des Preisabstandes zu Deutschland ist die Exportsituation ebenfalls sehr gut. Im Handel mit Schlachtkühen ist das Angebot klein, bei einer europaweit guten Nachfrage. Die Exporte Richtung Spanien, Frankreich und Schweiz laufen auf einem sehr hohen Niveau. Die Notierungen ziehen hier abermals an. Im Sog der steigenden Jungstier- und Kuhpreise tendieren auch die Kalbinnenpreise nach oben. Bei Schlachtkälbern hat sich die Situation angebotsmäßig etwas entspannt, die Erlöse sind stabil.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Jungstieren der Handelsklasse R2/3 mit einem erneut höheren Preis von 4,35 Euro/kg Schlachtgewicht. Für Kalbinnen werden nunmehr 3,82 Euro/kg erwartet. Die Notierung für Schlachtkühe steigt auf 3,35 Euro, während sie bei Schlachtkälbern mit 5,85 Euro stabil bleibt. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

Heimischer Kartoffelmarkt weiterhin im Gleichgewicht

Erzeugerpreise unverändert - Exporte überschaubar

Wien, 8. März 2022 (aiz.info). - Der österreichische Speisekartoffelmarkt präsentiert sich weiterhin recht ausgeglichen und kaum verändert zu den Vorwochen. Die Ukraine-Krise hatte bislang kaum unmittelbare Auswirkungen auf den heimischen Markt. Im Inland wird weiterhin von einem stetigen Bedarfsgeschäft berichtet, und die verfügbaren Angebotsmengen sind dafür gut ausreichend. Das Exportgeschäft lief in der aktuellen Saison schon bisher recht überschaubar, daran dürfte sich auch kaum mehr etwas ändern. Die Tragweite für die Speisekartoffelernte 2022 durch Exportverbote für

Pflanzgut oder auch für Speisefrühhkartoffeln nach Russland sowie die befürchteten Anbau-beziehungsweise Versorgungsprobleme in der Ukraine sind momentan schwer einschätzbar, so die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau.

Bei den Erzeugerpreisen gab es zuletzt keine Änderung. In Niederösterreich wurden Speisekartoffeln zu Wochenbeginn meist um 18 bis 21 Euro/100 kg übernommen. Für Partien mit überdurchschnittlich hohen Absortierungen blieben die Preise unverändert. Für drahtwurmfreie, kleinpackungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel sind 24 Euro/100 kg zu erzielen. Aus Oberösterreich wurden unveränderte Preise von bis zu 25 Euro genannt.

Auch am deutschen Speisekartoffelmarkt haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum Veränderungen ergeben. Angebot und Nachfrage standen einander zuletzt in einem ausgeglichenen Verhältnis gegenüber, sodass es bei den Preisen kaum Änderungen gegeben hat. Lediglich Partien in Topqualität waren weiterhin gesucht und erzielten Aufschläge. Auf der Absatzseite gab es zuletzt Impulse durch die weiteren Lockerungen der Corona-Maßnahmen in der Gastronomie. Das Exportgeschäft verlief dagegen ruhig. Deutsche Speisekartoffeln sind im Vergleich zu Ware aus Frankreich zu teuer. Die Erzeugerpreise wurden somit auf dem Vorwochenniveau fortgeschrieben. Zu Wochenbeginn wurden im Bundesdurchschnitt für Speiseware meist 19 bis 21 Euro/100 kg gezahlt. (Schluss)

60 Jahre Tiroler Bäuerinnen: Jubiläumsprogramm hat Klimawandel im Fokus

Weltfrauentag: Wollen Betriebe mit unseren Partnern gleichberechtigt führen

Innsbruck/Salzburg, 8. März 2022 (aiz.info). - Seit mittlerweile sechs Jahrzehnten setzt sich die Tiroler Bäuerinnenorganisation für die Anliegen der Frauen in der bäuerlichen Welt und darüber hinaus ein. Anlässlich des Weltfrauentages am 8. März präsentierten die Tiroler Bäuerinnen ihr Programm zum 60-Jahr-Jubiläum. Unter dem Motto "Bäuerinnen bewegen" werden 60 Veranstaltungen in ganz Tirol organisiert, deren Fokus auf einem der drängendsten Themen unserer Zeit, dem Klimawandel, liegt. "Wir Bäuerinnen zeichnen uns dadurch aus, dass wir uns laufend weiterentwickeln und auch unsere Themen entsprechend den sich ändernden Rahmenbedingungen anpassen. Im Rahmen des umfangreichen Jubiläumsprogrammes laden wir zu verschiedenen Veranstaltungen in allen Bezirken und besuchen dabei vor allem Projekte rund um den Klimaschutz. Dabei klammern wir auch das soziale Klima nicht aus", erklärte Landesbäuerin **Helga Brunschmid**.

Für die jeweiligen Veranstaltungen wird beispielsweise eine Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln oder per Rad empfohlen, und alle Ortsgruppen sind eingeladen, an Plätzen des gemeinsamen Zusammenlebens einen standortangepassten Baum zu pflanzen. Darüber hinaus wird bei jeder Veranstaltung für den guten Zweck gesammelt, was gerade in jüngster Zeit wieder an Bedeutung gewonnen hat. Für die Tiroler Organisation "Frauen helfen Frauen" werden im Rahmen der Jubiläumsaktion "60 Jahre Tiroler Bäuerinnenorganisation" Spenden gesammelt.

Pension für Bäuerinnen erst seit 1989

"Der Weltfrauentag bietet aber auch die Gelegenheit, einen kurzen Blick in die Vergangenheit zu werfen", merken Salzburgs Landesbäuerin **Claudia Entleitner** und die Direktorin des Salzburger Bauernbundes, **Alexandra Voithofer**, an. "Denn auch wenn Frauen schon immer auf den Höfen mitgearbeitet und ihre Leistungen erbracht haben, wurde dies bis vor Kurzem kaum gewürdigt. Es ist heute kaum mehr vorstellbar, aber erst seit 1989 erhalten Bäuerinnen ihre eigenen Pensionen. Anspruch auf gesetzlichen Mutterschutz und auf Karenzgeld haben sie überhaupt erst seit 1991", erklärt Voithofer. "An diesen Beispielen erkennt man deutlich, dass wir als starke Interessenvertretung in den vergangenen Jahren viel für die Bäuerinnen und ihre Gleichstellung erreichen konnten."

"Wir Bäuerinnen wollen unsere Betriebe mit unseren Partnern gleichberechtigt führen, in Gremien vertreten sein und Führungspositionen übernehmen", verweisen Entleitner und Voithofer auf die Charta für partnerschaftliche Interessenvertretung. "Mit der Charta fordern wir genau diese Beteiligung ein. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Ressourcen gerecht verteilt werden und eine Sitzungs- und Organisationskultur geschaffen wird, die für Frauen und Männer machbar ist. Frauen wollen mitgestalten, und es liegt in der Verantwortung von Führungskräften, dies den Frauen auch zu ermöglichen", so Voithofer und Entleitner unisono. (Schluss)

Ukraine-Krieg: Molkereiriese Arla zieht sich aus Russland zurück

Auch Ausfuhren Richtung Moskau davon betroffen

Kopenhagen, 8. März 2022 (aiz.info). - Wie viele andere westliche Firmen stellt auch die schwedisch-dänische Molkereigenossenschaft Arla Foods ihr Geschäft in Russland ein. Wie das Unternehmen laut "Agra-Europe" bekannt gab, betrifft dies sowohl die lokalen Aktivitäten in Russland als auch die Ausfuhren dorthin. Letztere waren allerdings seit dem Beginn der EU-Sanktionen gegen Moskau im Jahr 2014 ohnehin erheblich reduziert worden. Arla gehört zu den größten europäischen Molkereien.

"Die Folgen der russischen Invasion in der Ukraine sind tragisch, und ich teile die Hoffnung, dass so schnell wie möglich eine Lösung gefunden wird", erklärte Arla-Vorstandschef **Peder Tuborgh**. Ihm zufolge sind von der Einstellung sämtlicher Aktivitäten in Russland insgesamt 70 dortige Mitarbeiter betroffen. Tuborgh will nun Möglichkeiten ausloten, wie sich die wirtschaftlichen Folgen für diese Kollegen abmildern lassen. Fortsetzen will Arla hingegen seine Arbeit zur Bereitstellung von Nahrungsmittelhilfen für die Ukraine und die Menschen, die aus dem Land geflüchtet sind. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz und anderen humanitären Organisationen. (Schluss)